

NIGERIA

Christlicher Journalist nach Bericht über islamistische Massaker in Haft



FOTO: TWITTER

Als „Gefangenen des Monats Januar“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den nigerianischen Christen Luka Binniyat benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den Journalisten aus dem Bundesstaat Kaduna mit Appellen und Gebet einzusetzen. Er wurde am 4. November 2021 unter dem Vorwurf, er habe „Cyberstalking“ begangen, festgenommen. Der Katholik hatte am 29. Oktober über Massaker an Christen, die Banden von Hirtennomaden der Fulani-Volksgruppe zunehmend häufiger in Nigeria begehen, in der Zeitung „Epoch Times“ berichtet. Der Vater von sechs Kindern ist auf das Thema Religionsfreiheit und Religionsgemeinschaften spezialisiert.

Unter dem Titel „In Nigeria brandmarkt die Polizei Massaker als bösartig – verhaftet aber niemanden“ lenkte er den Blick seiner Leser auf die Straflosigkeit der Gewaltakte. Nigerianische Christen demonstrierten schon wiederholt für ihre Rechte und forderten den Schutz durch die

Musterbrief

Seiner Exzellenz
Präsident Muhammadu Buhari
c/o Botschaft der Bundesrepublik Nigeria
Neue Jakobstrasse Nr. 4
10179 Berlin - Germany
Fax: +49-30-21 23 02 12

Exzellenz,

ich wende mich in Sorge um den christlichen Journalisten Luka Binniyat an Sie. Er wurde am 4. November 2021 unter dem Vorwurf des „Cyberstalkings“ festgenommen, nachdem er am 29. Oktober über Massaker an Christen, die Banden von Hirtennomaden der Volksgruppe der Fulani zunehmend häufiger in Nigeria begehen, berichtet hatte.

Beobachter verfolgen diese Entwicklung, über die Binniyat aufklärte, seit einiger Zeit mit wachsender Sorge. Der Journalist ist lediglich für den gleichberechtigten Schutz seiner Glaubensgeschwister eingetreten.

Niemand, der die Menschenwürde sowie die Rechte auf freie Meinungsäußerung, auf Presse- sowie Religionsfreiheit im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte achtet, wird Binniyat seinen Standpunkt verübeln oder diesen gar als Belästigung auffassen.

Ich bitte Sie daher, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um auf die sofortige Freilassung Binniyats hinzuwirken.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen: <https://www.religionsfreiheit-igfm.info>

Luka Binniyat

staatlichen Sicherheitskräfte vor christenfeindlichen Feldzügen islamistischer Gruppen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Passivität der Regierung angesichts dieser Gefährdung ihrer Bürger. Medienberichten zufolge beklagte ein Kollege des Inhaftierten: „Wir sind einer Reihe von Drohungen aufgrund unseres Glaubens ausgesetzt.“ Aus der Haft gelang es Binniyat, eine WhatsApp-Nachricht zu verschicken. Derzufolge sei er zusammen mit Kriminellen unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt und fürchte um sein Leben.

IGFM und IDEA rufen dazu auf, Nigerias Präsidenten Muhammadu Buhari in Briefen aufzufordern, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Freilassung des Christen zu erreichen.

PAKISTAN

Erneut Lynchmord – Das Opfer war Hindu

Ein Mob in Pakistan hat am 3. Dezember 2021 einen Hindu aus Sri Lanka wegen angeblicher Blasphemie gelyncht. Das Opfer, Priyantha Kumara, war Mitte 40 und arbeitete als Generaldirektor einer Fabrik im Distrikt Sialkot, im Nordosten der Provinz Punjab. Er soll ein Plakat der radikalislamischen Partei Tehreek-e-

Labbaik Pakistan (TLP) heruntergerissen haben, das neben seinem Büro angeklebt worden war. Darauf waren Koranverse zu lesen. Er soll es in einem Mülleimer entsorgt haben.

Mutmaßliche Augenzeugen verbreiteten ihre Beobachtung schließlich in der Fabrik und darüber hinaus. Hunderte von

Männern, überwiegend Aktivisten und Unterstützer der TLP, die das Geschilderte als „Blasphemie-Vorfall“ ansahen, sammelten sich erzürnt um das Gelände. Der Mob zerrte Kumara aus der Anlage in die Straße, trat ihn und schlug mit Stöcken auf ihn ein. Die Misshandlungen waren so schwer, dass er schließlich re-

gungslos da lag. Beobachter brachten Videos, mit Mobiltelefonen aufgezeichnet, in Umlauf. Darin ist er regungslos in einer Blutlache liegend zu sehen, bevor die

Menge ihn in Brand setzt. Erst danach traf die Polizei ein.

Projektpartner der IGFM aus Pakistan bestätigten die Vermutung, dass die Män-

ner dabei Parolen der TLP sangen. Erst vor kurzem war die TLP wieder legalisiert worden, wobei rund 1.500 ihrer Anhänger amnestiert wurden.

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

Vorstellung der Jahrbücher „Religionsfreiheit 2021“ sowie „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“

Am 10. Dezember 2021, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, hat die IGFM zusammen mit der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) die Jahrbücher „Religionsfreiheit“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“ 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Jahrbücher, die seit 2013 regelmäßig erscheinen, gehören zu den wichtigsten und umfangreichsten deutschsprachigen Publikationen zu diesem Thema. Die aktuelle Ausgabe des Jahrbuchs „Religionsfreiheit 2021“ analysiert unter anderem antisemitische Straftaten in Deutschland, die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China sowie die Blasphemiegesetze in Pakistan.

Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China

Satellitenbilder und die Auswertung von Zeugnisaussagen legen nahe, dass es aktuell etwa 1.200 Umerziehungslager in Xinjiang gibt. Mehr als 1,5 Millionen muslimische Uiguren, Kasachen und Kirgisen wurden seit April 2017 willkürlich in diese Camps gebracht. Bei einer geschätzten muslimischen Bevölkerung in Xinjiang von rund zwölf Millionen Uiguren, Kasachen und Kirgisen bedeutet dies, dass mehr als zehn Prozent der muslimischen Bewohner der Region Opfer dieser Zwangsmaßnahmen geworden sind. In Deutschland entspräche dies der gesamten Bevölkerung Niedersachsens. Viele dieser Camps sind inzwischen zu Zwangsarbeitslagern geworden.

Antisemitische Straftaten in Deutschland

Während antisemitische Gewalttaten laut offizieller Statistiken fast ausschließlich

von Rechtsextremen verübt werden, zeigen Umfragen unter Juden, dass die Angriffe überwiegend von Muslimen ausgehen. Der islamische Täteranteil ist dabei umso größer, je brutaler der Angriff verübt wird. Somit gibt die offizielle Statistik die Realität nicht adäquat wieder. Früher verhinderte die Statistik sogar von vornherein, dass muslimischer Antisemitismus überhaupt erfasst wurde. Heute gibt es dafür zumindest eine Kategorie, sie wird aber aufgrund der Erfassungspraxis nicht angewandt. Somit werden antisemitische

ßig viele Angehörige von Minderheiten geraten in Pakistan unter den Verdacht der Gotteslästerung und werden häufig Opfer von Mobgewalt. Die Befürworter der Blasphemiegesetze machen teilweise Jagd auf offensichtlich wehrlose Opfer, denen sie diese Vorwürfe anhängen. Auch die Minderheit der Schiiten in Pakistan, etwa zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung, leidet zunehmend unter derartigen Anschuldigungen. Als bedrängte Minderheit können auch Muslime in Pakistan gezählt werden, die einer Koranauslegung folgen, die von den Denkschulen des Mainstreams abweicht.



Die Verfolgung der Bahá'í

Durch die Unterdrückung religiöser Minderheiten verletzt die Islamische Republik Iran zahlreiche Menschenrechte, die zu gewährleisten, zu achten und zu schützen sie durch die Ratifikation des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 verpflichtet ist. Die örtlichen Behörden in der Provinz Sari

Taten in Zweifelsfällen stets einer rechtsextremen Motivation zugeschrieben, selbst wenn es dafür gar keinerlei Anhaltspunkte gibt.

Blasphemiegesetze in Pakistan

Der Vorwurf der Blasphemie dient Islamisten dazu, Andersdenkende und Minderheiten einzuschüchtern und zu tyrannisieren. Außerdem wird er bei Konflikten als Waffe eingesetzt. Es hat sich gezeigt, dass sich die Beschuldigten nur in seltenen Fällen überhaupt über Religion und insbesondere den Islam geäußert haben. Andersgläubigen wird oft leichtfertig ein Mangel an Respekt vor dem, was Muslimen heilig ist, unterstellt. Unverhältnismäßig

sind zum Beispiel angewiesen, ihre Bemühungen zur Auslöschung der Bahá'í-Gemeinde zu verschärfen. Sie sollen ihre Bewegungen durch Sicherheits- und Geheimdienstorgane kontrollieren sowie Bahá'í-Schulkinder identifizieren und zum Islam zwangskonvertieren. Die iranischen Behörden streben zudem danach, Bahá'í durch wirtschaftliche und soziale Repressalien aus dem Iran zu vertreiben und ihr Kultur- und Gemeindeleben zu zerstören. Bahá'í werden aus dem Bildungssektor ausgeschlossen, die freie Ausübung ihrer Religion wird ihnen ohnehin verwehrt. Wenn sie sich zu Gebetsversammlungen oder Bildungsaktivitäten für ihre Kinder treffen, folgen meist Razzien und Festnahmen.